

Vizepräsidentin Michels

(A)

a) Dringliche Beschlussempfehlungen

Belastungen senken statt erhöhen – Verzicht auf das StraßenausbaubeitragsgesetzBeschlussempfehlungen BauWohnV und Haupt
Drs 15/4833

Antrag der CDU Drs 15/3610

b) Dringliche II. Lesung

Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG)Beschlussempfehlungen BauWohnV und Haupt
Drs 15/4834

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 15/4408

c) Dringliche II. Lesung

Erschließungsbeitragsgesetz – EBGBeschlussempfehlungen BauWohnV und Haupt
Drs 15/4835Antrag der SPD und der Linkspartei.PDS
Drs 15/4738

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen vor, Drucksache 15/4738-1. – Der Dringlichkeit wird offenbar nicht widersprochen.

Ich weise jetzt schon darauf hin, dass zum Straßenausbaubeitragsgesetz und zum Erschließungsbeitragsgesetz jeweils die namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Den Fraktionen steht eine Redezeit von jeweils bis zu fünf Minuten zur Verfügung.

(B)

Damit eröffne ich die II. Lesung, schlage vor, die Einzelberatung der 26 Paragraphen bzw. der zwei Artikel miteinander zu verbinden und höre dazu keinen Widerspruch. Demzufolge rufe ich diese jetzt auf gemäß der Drucksache 15/4408 unter Berücksichtigung der Drucksache 15/4834 und 15/4835. Wir treten in die Beratung ein. Es beginnt für die Fraktion der CDU der Herr Abgeordnete Czaja. – Bitte schön!

[Klemm (Linkspartei.PDS): Aus den USA zurück, Herr Doktor?]

Czaja (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen! Meine Herren! Am heutigen Tag behandelt das Abgeordnetenhaus unter dem Tagesordnungspunkt 6 B das Straßenausbaubeitragsgesetz und andere Gesetze. Damit versucht die SPD-Linkspartei.PDS-Regierung, eines der umstrittensten und bestrittensten Gesetze mit tiefgreifenden Auswirkungen auf Sozialmieter einerseits und Grundstückseigentümer und Grundstücksnutzer andererseits in der Abendstunde mit fünf Minuten Redezeit durch das Parlament zu lancieren.

[Dr. Flemming (SPD): Oh! – Ja, ja! von der CDU – Weitere Zurufe von der SPD und von der Linkspartei.PDS]

(C)

Es handelt sich um ein Gesetz, über das der ehemalige Abgeordnete der PDS unter anderem sagten, ich zitiere Dr. Pilz,

[Frau Dr. Hiller (Linkspartei.PDS): Professor!]

der im Januar 2003 sagte:

Die generelle Meinung der Bewohner ist, wir brauchen kein Straßenausbaubeitragsgesetz, und vor allem erwarten sie von der PDS, zu ihrer bewährten Politik zu stehen und nicht einen Schwenk um 180 Grad zu vollziehen.

Oder der Fraktionsvorsitzende der PDS in der BVV Marzahn-Hellersdorf schreibt im Februar 2005 an seine Fraktion:

Nach unserer Meinung kann angesichts der fehlenden Bereitschaft der Sozialdemokraten, den berechtigten Forderungen zu entsprechen, und der unter Rot-Rot in Berlin extrem gewachsenen Belastungen keinem Straßenausbaubeitragsgesetz zugestimmt werden.

[Beifall bei der CDU und der FDP – Frau Dr. Hiller (Linkspartei.PDS): Das war ein anderer Gesetzentwurf!]

Und der Abgeordnete Spindler sagte in der letzten Anhörung des Bauausschusses:

Die heutige Anhörung und die Papiere, die vorgelegt wurden, haben mich in meiner ablehnenden Haltung zu einem solchen Gesetz bestärkt.

(D)

Recht haben diese Genossen! Nur leider haben sie einen Fraktionsvorsitzenden, der seine Fraktion heute zum Kniefall vor der Sozialdemokratie zwingt.

[Beifall bei der CDU und der FDP – Oh! von der Linkspartei.PDS – Henkel (CDU): Eine gefallene Fraktion! – Frau Dr. Hiller (Linkspartei.PDS): Wie war das mit der Mehrwertsteuer?]

Dafür wird dem Parlament und der Öffentlichkeit heute vorgegaukelt, dass eine tiefgreifende Bürgerbeteiligung und einige Sozialklauseln eingearbeitet wurden.

[Frau Dr. Hiller (Linkspartei.PDS): Die Wahrheit sieht anders aus? – Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS]

– Regen Sie sich nicht so auf, ganz ruhig bleiben! – Doch wie ist die Realität? – Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens hat sich am Inhalt und an der Schärfe des Gesetzes nichts verändert. Sie haben versucht, einerseits die Verantwortung in die BVVen zu verlagern, andererseits Ratenzahlungsregelungen aufzunehmen.

[Doering (Linkspartei.PDS): Haben Sie doch selbst gefordert!]

Aber die Haltbarkeitsregelung dieser Paragraphen wird schon mit der Veröffentlichung ablaufen. Dies beweisen die Vorgänge im Ersterschließungsrecht. Auch hier gab es eine Mitbestimmung. Erst nachdem im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf der Stadtrat Simdorn in der Scha-

Czaja

(A)

ckelsterstraße bestehende Bescheide zurücknahm, gab es aus der Senatsverwaltung eine Ausführungsvorschrift, die sagte:

Erschließungsbeiträge sind im zeitlichen Zusammenhang mit dem Abschluss einer Baumaßnahme im Wege der Abschnittsbildung zu erheben, sobald Teilmaßnahmen abgeschlossen sind. Ist von der Kostenspaltung Gebrauch zu machen.

Auswirkung dieser Verordnung war, dass Bezirksamtsmitglieder nun persönlich hafteten, wenn sie nicht jede Teileinrichtung in Rechnung stellten.

Ein zweites Beispiel: Ihr Anzuhörender, Herr Prof. Driehaus, sagte im Ausschuss:

Die Entscheidung darüber, ob zur Erfüllung der gesetzlichen Straßenbaulast die Durchführung einer beitragsfähigen Maßnahme (...) angezeigt ist, ist in erster Linie eine Frage, die sich aus der Straßenbaulast (...) ergibt, also aus rechtlichen Gesichtspunkten. Dies zu entscheiden, ist die Aufgabe der Verwaltung. Die Verwaltung ist dazu berufen, Recht umzusetzen. Von daher

[Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS]

ist nicht recht einsichtig, warum bei einer solchen Entscheidung die Bezirksverordnetenversammlung bzw. sogar ein Ausschuss (...) eingeschaltet werden sollte.

(B)

Auf Nachfrage sagte er, juristisch sei dies nicht haltbar.

Drittens: Alle Stundungsregelungen, die Sie eingebracht haben, sind Makulatur, wenn der Beitrag dennoch bezahlt werden muss und für die Stundung sogar noch Zinsen zu entrichten sind.

[Doering (Linkspartei.PDS): Das ist zinsfrei! – Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS]

Sie verabreichen hier homöopathische Dosen, aber hinterher kommt das große Erwachen. Sie entwerten die Grundstücke und enteignen die Eigentümer von Kleinst-eigentum durch die Hintertür.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Dr. Lindner (FDP): So ist es! –
Klemm (Linkspartei.PDS): Wenn Lügen
kurze Beine hätten, stünden Sie
jetzt unter dem Pult!]

Das Erschließungsbeitragsrecht stammt aus dem letzten Viertel des vorvorigen Jahrhunderts, aus einer Zeit, als es in Berlin und Preußen überwiegend Trampelpfade gab. Damals hatte der Grundstückseigentümer einen Vorteil von der Straße. Aber heute wird doch niemand mehr behaupten, dass die Infrastruktur, die wir jetzt haben, nicht von allen Bürgern gleichermaßen genutzt würde.

[Beifall des Abg. Wansner (CDU)]

Zu dieser Zeit existierte aber auch noch ein Dreiklassenwahlrecht, nachdem Grundstückseigentümer etwa die

siebzehnfache Wertigkeit gegenüber Bürgern ohne Eigentum hatten. Das müssen Sie dann auch mit wollen, wenn Sie ein solches Gesetz hier beschließen.

(C)

[Beifall bei der CDU]

Sie missachten, dass die überwiegende Anzahl der Eigentümer dieser Stadt keine Vermieter sind. Sie missachten, dass eine Wertsteigerung durch Erschließung seit 15 Jahren nicht mehr vorhanden ist. Sie missachten, dass es hier den höchsten Grundsteuerhebesatz in Deutschland gibt und dass wir seit zehn Jahren ein Straßeninstandhaltungsstau haben, wie seit langem nicht mehr.

[Klemm (Linkspartei.PDS): So ein Unsinn!]

Doch es geht Ihnen nicht um Fakten. Es geht Ihnen um eine Ideologie. Es ist die Ideologie der Sozialdemokraten, die seit zehn Jahren versuchen, Eigentümern von Kleinst-eigentümern als Bourgeois abzustempeln und der Meinung sind, sie könnten gern für alles zahlen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Oho! von der SPD –
Lorenz (SPD): „Bourgeois“ – Bravo! –
Dr. Lindner (FDP): So ist das!]

Vizepräsidentin Michels: Herr Abgeordneter! Achten Sie bitte auf die Redezeit, die schon beendet ist.

Czaja (CDU): Ich komme gleich zum letzten Satz. – Heute zeigen die Genossen, dass sie es genauso sehen. Mir fällt kaum ein Satz mehr ein außer Goethe, der sagt:

(D)

Halb zog sie ihn, halb sank er hin,
Und ward nicht mehr gesehn.

Mehr als zehn Jahre haben wir in der Koalition gegen die Sozialdemokraten ein solches Gesetz verhindert.

[Klemm (Linkspartei.PDS): Heuchler!]

Auch deswegen braucht Berlin nach der Wahl am 17. September einen Regierenden Bürgermeister Friedbert Pflüger, der dieses Gesetz wieder abschafft.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Gelächter bei der SPD und der Linkspartei.PDS –
Gaebler (SPD): Aschermittwoch ist vorbei, Herr Czaja!]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Radebold. – Bitte schön!

Radebold (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Dr. Dr. Czaja!

[Beifall und Johlen von der SPD
und der Linkspartei.PDS]

Ich weiß nicht, habe ich jetzt einen Titel vergessen? – Ich hoffe nicht! Aber wahrscheinlich haben Sie sich noch einen Historikertitel erworben,

[Zuruf des Abg. Wansner (CDU)]

aber das Fach eben nicht gelernt. Und mit dem Lesen, Herr Czaja, scheinen Sie es bis heute nicht geschafft zu haben. Lesen Sie, was dort über die Zinsen bei der Stun-

Radebold

(A)

dung steht. Das steht korrekt drin. Wenigstens müssen Sie das Gesetz lesen, bevor Sie hier reden.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]

Tatsache ist, dass wir am Ende eines langen Beratungsprozesses stehen, der von einigen durchaus mit Hämme und mit Hetze begleitet worden ist.

[Dr. Lindner (FDP): Was denn?]

– Lieber Herr Lindner, mit dem Versuch der Nötigung. Das ist versuchte Nötigung, was der ‚liebe‘ VDBG hier macht, indem er ankündigt, in den Siedlungsgebieten zu veröffentlichen, wer wie gestimmt hat. Das ist für mich die Grenze von Demokratie.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU und der FDP]

Das ist ein Auswuchs von Lobbyismus, der uns überhaupt nicht hilft.

[Dr. Lindner (FDP): Wenn die Gewerkschaften vor den Toren stehen, haben Sie keine Probleme! –
Zurufe – Unruhe]

Vizepräsidentin Michels: Wir werden die Redezeit stoppen, bis sich das wieder beruhigt hat.

Radebold (SPD): Wir haben ein Gesetz vorgelegt, das ausgeglichen und gerecht ist, wir haben die Standards in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht begrenzt, und wir haben die Verteilung der Lasten zwischen der öffentlichen Hand und dem wirtschaftlich oder privat begünstigten Nutzer ausgeglichen gestaltet.

(B)

[Zuruf des Abg. Braun (CDU)]

Wir haben mit der Bürgerbeteiligung einen Standard in diesem Gesetz festgelegt, der für die Bundesrepublik einmalig ist.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS –
Zurufe der Abgn. Dr. Lindner (FDP)
und Krestel (FDP)]

Die Bürgerbeteiligung bezieht sich in diesem Satz natürlich auf die Grundstückseigentümer. Hier sind wir den Grundsätzen der Koalition gefolgt, die ja auch in anderen Gesetzen die Partizipation der Bürger bei der Begleitung von Politik festgeschrieben hat. Ich erinnere Sie an das Verwaltungsreformgesetz, von der Einwohnerversammlung bis zum Volksentscheid. Das alles ist mit Augenmaß geschehen. Wir werden mit dem Gesetz verhindern, dass egoistische Interessen oder regional-populistische dieses Gesetz aushebeln.

Wir haben eine soziale Ausgewogenheit in dem Gesetz festgelegt,

[Gelächter bei der CDU]

Herr Czaja, lesen Sie das bitte mal nach. Bei der Stundung gibt es keine Zinsen, das steht im Gesetz, Sie sollten es lesen. Natürlich erwarten wir für einen Benutzervorteil von dem, der zahlen kann, dass er dafür zahlt. Wir haben aber genauso festgelegt, dass – wer aus persönlichen,

(C)

wirtschaftlichen Gründen nicht zahlen kann – aufgefangen wird. Das ist das Staatsverständnis der Sozialdemokraten: Die Schwachen werden aufgefangen, die Starken können angemessen leisten.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Mit dem Erschließungsrecht sind wir nach Bayern das einzige Land, das das Bundesrecht in Landesrecht überführt hat. Mit dem ersten Teil der Änderung haben wir in Berlin endlich eine Rechtseinheit hergestellt, die endlosen Debatten über Ortsüblichkeit im Osten sind beendet, und auch im Westen ist es nicht mehr möglich, den Grundstücksbesitzer nach 75 Jahren – wie z. B. in Reinickendorf in der Schultendorfer Straße geschehen – in Haft zu nehmen. Das halten wir für einen ganz wesentlichen Fortschritt im Beitragsrecht.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]

Herr Czaja, an Sie persönlich: Wir werden das Handeln der Verwaltung in der Zukunft klar begrenzen. Wir erwarten, dass bei einer Verkehrsanlage, die nach 15 Jahren noch nicht abgerechnet ist, das Erschließungsrecht erlischt. Die Verwaltung wird zügig handeln, und nach 15 Jahren gilt das Ausbaubeitragsgesetz mit seinen demokratischen Beteiligungsrechten und den wesentlich geringeren Kostenumlagen.

Mit der Zusammenführung dieser beiden Gesetze haben wir sehr viel für den Rechtsfrieden getan. Sie wissen sehr wohl, dass es im Erschließungsrecht ununterbrochen Debatten darüber gibt, ob ein Anspruch auf Erschließung besteht oder nicht. Es gibt keine Erschließungsmaßnahme in diesem Land, die nicht durch langjährige Gerichtsverfahren begleitet wird. Für die Verwaltung wird es einfacher, und für die Bürger wird es durchschaubarer.

(D)

In dem Sinne haben wir heute ein sehr gutes Gesetz vorgelegt, das sich in der Anwendung sicherlich noch weiterentwickeln wird, wie jedes andere Rechtsgut, das ist nicht ungewöhnlich. Ich bitte Sie – trotz Ihrer Aufstände hier im Haus – um Ihre Zustimmung, meine Herren von der Opposition.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS –
Gelächter bei der FDP]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Das Wort für eine Kurzintervention hat der Abgeordnete Herr Czaja. – Entschuldigen Sie, Herr Czaja. – Ich möchte an die Besuchertribüne einen Hinweis geben: Es ist nicht gestattet, während unserer Sitzung Interviews im Saal zu führen. Gehen Sie bitte hinaus und führen Sie dort die Interviews! Sie sind vorher belehrt worden, und ich bitte Sie, sich an die Geschäftsordnung zu halten. Danke schön! – Herr Czaja, Sie haben das Wort!

Czaja (CDU): Ich möchte auf zwei Dinge eingehen, Herr Radebold. – Dass es Ihnen peinlich ist, dass in Ihrem Wahlkreis jeder weiß, wie Sie abgestimmt haben, verstehe ich.

Czaja

(A)

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Oh! von der Linkspartei.PDS]

Sie sollten aber als Abgeordneter zu Ihren Entscheidungen stehen.

Das Gute an diesem Gesetz ist, dass man keinen Hochschulabschluss braucht, um zu verstehen, dass es unsinnig ist. Es reicht normaler Menschenverstand, Herr Kollege!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Doering (Linkspartei.PDS): Sie haben
doch nichts verstanden!]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Herr Radebold!

Radebold (SPD): Frau Präsidentin! Herr Czaja! Sicherlich können wir normalen Menschenverstand unterschiedlich beurteilen. Es ist aber nicht meine Art, in der Politik populistische Versprechungen abzugeben, die nicht zu halten sind. Das werden Sie mir in meinem politischen Leben an keiner Abstimmung nachweisen können. Ich kandidiere auch gar nicht mehr.

[Zuruf von der CDU]

Herr Goetze! Sie können sich darauf verlassen, dass ich zu dem, was ich hier vortrage, stehe – das ist für viele von uns schwer, auch für Sie an manchen Stellen. Ich habe den Mut, mich damit auseinander zu setzen. Sie wissen doch Herr Goetze, dass ich jederzeit Ihrer Einladung zu einer Veranstaltung der CDU zu diesem Gesetz Folge leiste. Ich kneife da nicht, das verbitte ich mir.

(B)

Und an Sie, Herr Czaja! Lesen Sie das Gesetz, lesen Sie das Erschließungsrecht, und dann werden Sie Ihre Auffassung zumindest zu dem speziellen Punkt der Biligkeitsregelung vielleicht ganz öffentlich revidieren.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Wir fahren fort, und für die Fraktion der Grünen hat Frau Oesterheld das Wort. – Bitte sehr!

Frau Oesterheld (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Schlimme an dieser Regierung ist, dass, selbst wenn Sie etwas machen, was wir gar nicht so verkehrt finden, Sie das so machen, dass wir trotzdem nicht zustimmen können.

[Gaebler (SPD): Sie finden ja immer was! –
Liebich (Linkspartei.PDS): Kurz vorher eingeknickt! –
Zurufe von der Linkspartei.PDS]

Ich will es beim Straßenausbaubeitragsgesetz relativ kurz halten, weil wir schon sehr lange darüber diskutiert haben. Wir haben im Bauausschuss einen Antrag eingebracht, den ich Ihnen noch einmal begründen will. Wir haben verlangt, dass, wenn die Leute den Straßenausbaubeitrag bezahlen sollen, wir ihre Rechte stärken müssen. Sie haben – und das ist richtig – eine bestimmte Beteiligung in Ihrem Gesetz verankert. Das ist übrigens die glei-

che Beteiligung, wie es sie bei Bebauungsplänen gibt. Wissen Sie, wie es bei Bebauungsplänen ist? – Da wird mal eben weggewogen. Ein Grund, warum wir so viele Bebauungspläne ablehnen, ist, weil dort einfach nur steht, der Senat hat ein anderes Interesse – abgewogen, wegge- wogen. So kann man mit den Leuten nicht umgehen, schon gar nicht, wenn man ihnen in die Tasche greifen will. Deshalb haben wir mit unserem Änderungsantrag verlangt, dass die Quoren erhöht werden, so dass es nicht so einfach ist, zu behaupten, die Bürger wollten etwas anderes, aber uns ist das egal, wir wollen das. Sie wollten sich darauf nicht einlassen. Für uns ist das aber ein Essential, damit beim Straßenausbaubeitrag nicht das Gleiche passiert wie bei jedem Bebauungsplan, dass die Interessen der Bürger nicht wirklich eine Rolle spielen.

(C)

[Beifall bei den Grünen]

Kommen wir zu dem Erschließungsgesetz – zum Straßenausbaubeitragsgesetz habe ich mindestens schon fünf Mal gesprochen, daher spare ich mir das jetzt. Das Erschließungsgesetz haben Sie dringlich eingebracht, und das Problem daran ist, dass bis gestern zum Hauptausschuss sehr deutlich wurde, dass Sie gar nicht wissen, was die Konsequenzen dessen sind.

[Beifall bei den Grünen]

Deshalb lese ich Ihnen die Verfassung vor. In Artikel 90 der Verfassung steht: „Beschlüsse müssen Bestimmungen über die Deckung enthalten.“ Uns ist allen klar, dass die Veränderung des Erschließungsgesetzes Mindereinnahmen hervorruft. Sie haben aber mitnichten irgendwelche Deckungsmöglichkeiten benannt, geschweige denn, dass Sie wissen, in welchen Größenordnungen das vorkommen kann. Dass der Hauptausschuss so etwas durchgehen lässt, finde ich verblüffend.

(D)

[Beifall bei den Grünen]

Ich komme zu den demokratischen Strukturen, auf die Sie so stolz sind. Wie, bitte schön, verfahren Sie jetzt mit den Bezirken? – Dazu lese ich Ihnen auch aus der Verfassung vor:

Den Bezirken ist die Möglichkeit zu geben, zu den grundsätzlichen Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung Stellung zu nehmen.

Das haben Sie verhindert.

Zum AZG, dem Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz:

Im Rat der Bürgermeister ist den Bezirksverwaltungen Gelegenheit zu geben, zu den grundsätzlichen Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung Stellung zu nehmen. Dies gilt auch für Gesetzesanträge aus der Mitte des Abgeordnetenhauses.

Auch das haben Sie nicht gemacht. Und wenn Sie nicht mal da bereit sind, solche demokratischen Prinzipien einzuhalten, finde ich es nicht sehr überzeugend, was Sie im Straßenausbaubeitragsgesetz wirklich wollen.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

(A)

Vizepräsidentin Michels: Frau Abgeordnete! Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hillenberg?

Frau Oesterheld (Grüne): Ja!

Vizepräsidentin Michels: Dann haben Sie das Wort, Herr Hillenberg.

Hillenberg (SPD): Frau Oesterheld! Warum auch immer in den vielen Jahrzehnten in Westberlin keine Erschließungsbeiträge erhoben wurden – ist es nicht ein Akt der Gerechtigkeit, dass wir in dieser Stadt neben annähernd gleichen Lebensbedingungen auch im Erschließungsrecht nach dem 3. Oktober 1990 die gleichen Bedingungen haben?

Frau Oesterheld (Grüne): Herr Hillenberg! Ich habe Ihnen zu Anfang gesagt, dass wir grundsätzlich auch zu dem Erschließungsgesetz positiv stehen. Was wir verlangt haben, ist, dass eine Anhörung der Bezirke stattfindet, dass der Senat uns sagen kann, in welcher eventuellen Höhe Ausfälle zu erwarten sind, welche Dauer es braucht als Übergangszeit. All diese Sachen haben wir doch von Ihnen erwartet. Es geht uns gar nicht darum, dass wir Ihr Erschließungsgesetz oder die Veränderung grundsätzlich falsch finden. Wir finden bloß, wie Sie sie durchsetzen, geht es nicht, wenn Sie nicht einmal wissen, was das Ergebnis ist – ob das direkt die Erhebung ist oder ob es die Frage ist, was rückwirkend zurückbezahlt werden muss. Sie überlassen es den Bezirken, Sie überlassen die ganze Frage den Bezirken und sagen, wenn die dann Mindereinnahmen haben, dann wird Herr Sarrazin noch kommen und sagen: Ist ja eure Schuld, wenn ihr Mindereinnahmen habt.

(B)

Dass Sie die Bezirke in dieser Auseinandersetzung einfach außen vor gelassen haben, das ist das, was wir kritisieren. Es wäre kein Problem gewesen, eine Anhörung mit den Bezirken zu machen. Es wäre auch kein Problem gewesen, wie es eigentlich sein muss, den Rat der Bürgermeister zu beteiligen. Das ist der Grund, warum wir nicht zustimmen. Ich habe es zu Anfang gesagt: Sie schaffen es immer, selbst Sachen, die wir nicht falsch finden, so zu machen, dass man ihnen einfach nicht zustimmen kann.

[Beifall bei den Grünen –
Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS –
Klemm (Linkspartei.PDS): So können Sie nicht regieren!]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die Linkspartei.PDS hat das Wort der Abgeordnete Doering. – Bitte schön!

Doering (Linkspartei.PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Czaja! Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie hier auch als Interessenvertreter eines Verbandes reden. Das ist Ihre Sache. Aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie weiter mit Halbwahrheiten, falschen Behauptungen und Verdrehungen arbeiten, was bei Ihnen in einer gewissen Tradition liegt.

[Beifall bei der Linkspartei.PDS und der SPD]

(C)

Ich will schon einmal mit Ihrer Feststellung anfangen, was das Schreiben des Bezirksbürgermeisters von Marzahn-Hellersdorf vom Februar 2005 betrifft. Wenn Sie die Debatte im Oktober 2005 zur I. Lesung dieses Gesetzes verfolgt haben, dann dürften Sie mitbekommen haben, dass meine Fraktion auch im Februar 2005 einen Beschluss mit dem Inhalt gefasst hat: Nein zu dem vorliegenden Gesetz; wir möchten noch einige Veränderungen im Gesetz durchsetzen. Nichts anderes hat Marzahn-Hellersdorf uns seinerzeit schriftlich mitgeteilt.

Was für Eckpunkte haben wir damals festgelegt? – Erstens: Die Stellungnahmen der Beitragspflichtigen müssen im Verwaltungshandeln Berücksichtigung finden. Zweitens: Die BVV muss der Ausbaumaßnahme zustimmen. Drittens: Es müssen Härtefallregelungen im Sinne der Betroffenen verbessert werden. Und es soll eine Stichtagsregelung im Erschließungsrecht erfolgen. – Sie wissen, wenn Sie den Änderungsantrag, der heute zur Abstimmung vorliegt, richtig gelesen haben, dass wir all diese Punkte umgesetzt haben.

Und wenn Sie schon in der Tradition der Halbwahrheiten und Verdrehungen sind und behauptet haben, sie würden ja wenigstens lesen können, dann möchte ich Ihnen einfach nur sagen, Sie lesen Ihre eigenen Materialien nicht! Schon im Oktober in der Debatte zur I. Lesung habe ich dem Kollegen Niedergesäß auf seine Forderung hin, ob wir denn wenigstens der BVV zugestehen wollen, dass sie bei Ausbaumaßnahmen zustimmt, gesagt: Ja, das ist unsere Forderung; und wenn wir das durchsetzen werden – wir haben es durchgesetzt –, dann hoffe ich doch, dass wenigstens Herr Niedergesäß an dieser Stelle zustimmen kann. – Und in Ihrem eigenen Flugblatt zum Straßenausbaubeitragsgesetz schreiben Sie – –

[Zimmer (CDU): Wer schreibt?]

– Na, die CDU, das ist doch Ihr eigenes Flugblatt. Soll ich noch die Namen vorlesen, die darunter stehen? Unter anderem Ihr Fraktionsvorsitzender. Sie kennen Ihren eigenen Fraktionsvorsitzenden nicht. Das ist typisch für Sie.

[Beifall bei der Linkspartei.PDS]

Da steht drin:

Auch können Straßen zu Lasten der Anlieger „luxussaniert“ werden, ohne dass die Bürger oder die Bezirksverordnetenversammlung dies verhindern könnten.

Nun frage ich Sie, Herr Czaja: Was wollen Sie eigentlich? – Auf der einen Seite fordern Sie, dass die BVV mit zustimmen soll oder nicht; gleichzeitig werfen Sie uns vor, dass wir das gemacht haben – sehr unredlich. Also, Sie haben Ihre eigenen Unterlagen nicht gelesen.

[Beifall bei der Linkspartei.PDS und der SPD]

Ich möchte zum zweiten Punkt kommen, der die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger betrifft. So haben wir in unserem Änderungsantrag festgelegt, dass die Be-

Doering

(A)

troffenen zu hören sind, dass sie Stellung nehmen können und dass die Stellungnahmen der Betroffenen im Verwaltungshandeln zu berücksichtigen sind. Die Bezirksverordnetenversammlungen sollen einem Straßenausbau zustimmen oder eben nicht.

Sie behaupten an anderer Stelle, dass die Unterhaltungsmaßnahmen zukünftig auch von den Anrainern bezahlt werden müssen. Sie behaupten zusätzlich, dass Unterhaltungsmaßnahmen, die unterblieben sind, in Form von Luxussanierung von Anrainern und Grundstücksbesitzern bezahlt werden müssen. Dazu muss ich Ihnen sagen: Sie haben das Gesetz wieder nicht gelesen. § 3 regelt unmissverständlich: Maßnahmen der Unterhaltung und Instandsetzung sind keine Ausbaumaßnahme, ergo nicht beitragspflichtig.

Ich empfehle Ihnen weiterhin, in die Einzelbegründung des Gesetzes zu schauen. In § 2 heißt es wörtlich:

Die Erneuerung einer Verkehrsanlage deutlich vor Ablauf der üblichen Nutzungsdauer als Beseitigung eines aufgestauten Reparaturbedarfs ist grundsätzlich nicht beitragspflichtig.

So weit zu Ihren Behauptungen.

[Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

– Das können Sie nicht hören? Sie haben gesagt, wir seien Umfäller. Und jetzt sage ich Ihnen, was wir durchgesetzt haben, und das können Sie nicht ertragen. Sie haben es vorher nicht gelesen und haben auch keine Ahnung davon. Das ist aber Ihr Problem.

(B)

[Beifall bei der Linkspartei.PDS und der SPD]

Dann kommen wir zu der anderen Behauptung, die hier immer getroffen wird. In Ihrem eigenen Flugblatt schreibt sogar Herr Zimmer als Fraktionsvorsitzender, dass auf die Grundstückseigentümer mit diesem neuen Gesetz zusätzliche Kosten bis 70 000 € hinzukommen werden. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Ich weiß nicht, woher Sie die Zahl haben.

[Brauer (Linkspartei.PDS): Was hat Zimmer für ein Grundstück?]

Dem Gesetzesentwurf lagen drei Berechnungsbeispiele der Senatsverwaltung vor. Das erste Beispiel, Hauptverkehrsstraße, 1 000 m² großes Grundstück mit fünfgeschossiger Bebauung und Mischnutzung, teilweise zu gewerblichen, teilweise zu Wohnzwecken. Da ist mit Beiträgen bis zu 28 000 € zu rechnen. Jetzt kommen wir zu der Frage der möglichen Stundung, in Ratenzahlung in zehn Jahren. Da können wir ausrechnen, was für eine monatliche Belastung das ist. Das sind 230 € im Monat. – Jetzt kommen wir aber zu dem eigentlichen Beispiel, dem typischen Grundstück in den Siedlungsgebieten. Ein Grundstück mit 660 m² Größe, ein normales Haus – da ist mit einem Betrag von 5 000 € zu rechnen. Das macht auf den Monat umgerechnet 41 €; wahrhaft eine große Abzocke. Und wenn man das jetzt damit verbindet, dass die Stundungen zinslos sein werden, dann frage ich Sie, wann

Sie endlich Ihre frechen Behauptungen zurücknehmen wollen.

(C)

[Beifall bei der Linkspartei.PDS und der SPD]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete von Lüdeke das Wort.

Ich mache noch einmal auf ein technisches Problem aufmerksam. Wir haben feststellen müssen, dass die zweite Uhr, die Sie alle schon kennen, heute defekt ist. Deswegen haben wir sie verkleben lassen. –

[Zuruf des Abg. Czaja (CDU)]

Nein, er hat nicht 10 Minuten geredet, Herr Czaja, wir können die Uhr noch lesen. Wir sind immer nach der anderen Uhr gegangen, die ist exakt. Ich bitte Sie zu berücksichtigen, dass Sie die rote angegebene Zeit selbst mit kontrollieren müssen, dann können Sie auch feststellen, dass wir exakt arbeiten.

Bitte schön, Herr von Lüdeke, Sie haben jetzt das Wort!

von Lüdeke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über den Inhalt und die Einzelheiten des Straßenausbaubeitragsgesetzes haben wir an verschiedenen Stellen – in den Ausschüssen und im Plenum – diskutiert. Die Dissenspunkte zwischen dem Senat, der Koalition und der FDP will ich deshalb nur kurz darstellen. Unsere Kritikpunkte lauten wie folgt: Die Ermittlung und Bewertung der Vorteile von Straßenausbaumaßnahmen für den Grundstückseigentümer ist kaum möglich, die Eigentümer werden mit Ihrem Gesetz bevormundet, sie verursachen unnötigen bürokratischen Aufwand und die Zahl der Rechtsstreitigkeiten – das ist mir gestern im Hauptausschuss deutlich geworden, auf den ich gleich noch einmal zurückkomme und an dem teilzunehmen ich gestern Gelegenheit hatte –

(D)

[Zuruf des Abg. Brauer (Linkspartei.PDS)]

wird massiv ansteigen. Das können wir jetzt bereits sehen. Die Anwälte freuen sich über Ihr Gesetz, das zumindest kann man sagen. Die Verkehrsberuhigung wird weiter um sich greifen, denn Sie werden versuchen, Ihre Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf Kosten der Grundstückseigentümer durchzuführen. Die zu erwartenden Einnahmen Berlins überschätzen Sie mit Sicherheit.

[Beifall bei der FDP –

Zuruf des Abg. Brauer (Linkspartei.PDS)]

Eine völlig neue Dimension hat die Debatte über das Gesetz durch die erst in den letzten Wochen erfolgte Kombination mit einer Änderung des Erschließungsbeitragsgesetzes erhalten. Mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz war die Erwartung von Mehreinnahmen für das Land Berlin verbunden. Jetzt aber geht es bei dem Erschließungsbeitragsgesetz um die Frage von Einnahmeausfällen. Wie ist es dazu gekommen? – Hinter dem Straßenausbaubeitragsgesetz steht das Bestreben der öffentlichen

von Lüdeke

(A) Hand, sich über gesetzliche Zweckbindung zusätzliche Einnahmen zu verschaffen, wie es zum Beispiel auch bei der Naturschutzabgabe geschieht. Dieser Trend ist aus unserer Sicht problematisch, weil er die Abgabenlast erhöht und zugleich das Etatrecht der Parlamente tendenziell aushöhlt. Vor diesem Hintergrund hat die FDP grundsätzliche Bedenken gegen das Straßenausbaubeitragsgesetz und plädiert dafür, die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur grundlegend zu überdenken. – Sie erinnern sich, vor einigen Stunden haben wir darüber gesprochen. – Das Straßenausbaubeitragsgesetz kann für die Betroffenen teuer werden. Ich erinnere an Beispielrechnungen, die hier bereits erwähnt worden sind. Diese waren bereits sehr früh in der Diskussion und sind Ihnen nicht ganz neu. Herr Hillenberg – wenn wir an die Debatte heute Nachmittag denken – hat die Katze aus dem Sack gelassen. Entweder haben Sie die falsche Rede gehalten oder Sie haben gezeigt, worauf es hinausläuft: vergammelte Straßen, die auf Kosten der Grundstückseigentümer saniert werden sollen. Nichts anderes haben Sie heute Nachmittag hier gesagt.

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Dr. Lindner (FDP): Bravo!]

Viele der Häuslebauer witterten rechtzeitig Ungemach und leisteten erheblichen Widerstand, weil sie von dem Gesetzesvorhaben unmittelbar betroffen sind. Dies hat gewirkt. SPD und PDS sind zwar wirtschaftsfern, aber auf Grund ihrer Klientel inzwischen durchaus eigentümergebunden. Die Wirtschaftsferne kann man daran erkennen, dass die Warnungen der IHK und anderer Institutionen vor dem Straßenausbaubeitragsgesetz geflissentlich übergangen worden sind. Von dem Gesetzesvorhaben wollte man dennoch nicht lassen, da die Aussicht auf großflächige, fremdfinanzierte und in bestimmten Kreisen durchaus politisch werbewirksame Verkehrsberuhigungsmaßnahmen – vor allem in der Innenstadt – durchaus verlockend ist. SPD und PDS mussten also für die vom Straßenausbaubeitragsgesetz absehbar betroffenen Einfamilienhausgebiete Kompensation schaffen. Dabei sind sie auf eine grandiose Idee gekommen. Sie schaffen faktisch den Erschließungsbeitrag ab und lassen das Erschließungsbeitragsgesetz als Gesetzeshülle bestehen. Das eine bringt Stimmenvorteile in den Wohngebieten und das andere Entscheidungsvorteile in Karlsruhe. So war zumindest Ihre Rechnung. Der Haken an der Sache ist nur, dass die Koalitionäre vorher nicht gerechnet haben, eine Kunst, mit der die Linken ohnehin Schwierigkeiten haben,

[Brauer (Linkspartei.PDS): Das haben wir gerade bei Herrn Czaja gesehen!]

siehe unter anderem auch die Diskussion um die Wohnungsbaugesellschaften oder die Organisation des ÖPNV. Deshalb hat die FDP zwecks Aufklärung zur gestrigen Sitzung des Hauptausschusses einen typischen Berliner Außenbezirk hinzugebeten.

[Zuruf des Abg. Klemm (Linkspartei.PDS)]

Frau Staatssekretärin Dunger-Löper antwortete auf die Frage, was das denn bewirke, dem Sinn nach: Wir haben

(C) keine Erkenntnisse über Einnahmeausfälle. Im Übrigen ist das Sache der Bezirke.

Der Bauamtsleiter des Bezirks Spandau rechnet in Folge des Erschließungsgesetzes mit Einnahmeausfällen in dreistelliger Millionenhöhe.

[Zuruf der Frau Abg. Matuschek (Linkspartei.PDS)]

So hieß es gestern im Hauptausschuss,

[Brauer (Linkspartei.PDS): Sagen Sie doch mal den Spandauern, wie Sie die ausplündern wollen!]

bei bestehenden Straßen wohl gemerkt. Nun mag Spandau ein besonders ausgeprägter Fall sein. Aber bei zwölf Bezirken kommt man, wenn schon nicht zum Multiplizieren, so doch ins Grübeln. Das Spandauer Tiefbauamt sagt zudem, dass nach der Gesetzesänderung wegen der 15-Jahresfrist kaum noch Erschließungsbeiträge erhoben werden können und dass in den kommenden Jahren mit Einnahmen aus dem Straßenausbaubeitragsgesetz nicht zu rechnen ist. Das sagen die Fachleute. Das können Sie zwar bestreiten, aber so hat es gestern im Ausschuss geheißen. Was aber sagt Frau Staatssekretärin Dunger-Löper? – Sinngemäß: Alles Quatsch, die haben keine Ahnung, aber ich weiß es auch nicht besser.

Vizepräsidentin Michels: Herr Abgeordneter! Auch Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen!

(B) **von Lüdeke (FDP):** Ich bin sofort fertig. Mein Vordredner durfte so lange sprechen – – (D)

Vizepräsidentin Michels: Dann gucken Sie bitte auf die Uhr! Sie sind auch schon bei sechs Minuten.

von Lüdeke (FDP): Ja. – Ob sich die Richter in Karlsruhe davon beeindruckt lassen werden, daran haben wir unsere Zweifel. Sie haben in dem Straßenausbaubeitragsgesetz und in dem Folgegesetz gravierende handwerkliche Fehler gemacht. Aus unserer Sicht ist das Haushaltsrisiko dadurch so groß geworden, dass Ihnen das in Karlsruhe auf die Füße fallen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Das Wort für eine Kurzintervention hat jetzt der Abgeordnete Hillenberg. – Bitte schön!

Hillenberg (SPD): Herr von Lüdeke! Ich habe mir noch einmal genau angesehen, was ich heute gesagt habe.

[Czaja (CDU): Das ist gut!]

Ich kann mich auch noch relativ gut erinnern, denn an Alzheimer leide ich noch nicht.

[Braun (CDU): Sie sehen aber so aus!]

Wir haben gesagt –, oder besser, ich werde es interpretieren, denn so steht es hier nicht drin: Wenn eine normative Nutzungsdauer abgelaufen ist,

Hillenberg

(A)

[Czaja (CDU): Was heißt das denn?]

– das steht doch gar nicht hier drin.

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

– Er hat mir vorgeworfen, ich hätte die Katze aus dem Sack gelassen und behauptet, wir brauchten das Gesetz, um den Bürger abzuzocken.

[Dr. Lindner (FDP): Ja!]

Wenn die normative Nutzungsdauer einer Straße abgelau-
fen ist – und das ist je nach Kategorie unterschiedlich,
wahrscheinlich bei Haupt- und Durchgangsstraßen nach
30 Jahren, bei Anliegerstraßen wahrscheinlich nach 50,
60, 70 Jahren oder sogar noch länger –, dann muss man
darüber nachdenken, wer für die Sanierung dieser Straße
bezahlt: der Steuerzahler oder anteilig der Bürger und an-
teilig der Steuerzahler. Das ist der Kern. Von dem heute
Vormittag steht hier nichts. Ich wollte mich nur gegen den
Vorwurf wehren, wir hätten ganz bewusst dieses Gesetz
erlassen, weil die Bezirkshaushalte so gering ausgestattet
sind, wir kein Geld mehr haben, Gelder zweckentfremdet
werden und wir nun eine neue Finanzierungsmöglichkeit
suchen – und die soll das Straßenausbaubeitragsgesetz
sein. Das ist eine Lüge.

Ein Zweites, Herr von Lüdeke: Im Jahr 2004 sind
durch das Erschließungsrecht in Berlin 4 Millionen € ein-
genommen worden.

(B)

[Czaja (CDU): Von wie vielen Eigentümern denn?]

Ich garantiere Ihnen, dass es in den kommenden Jahren
nicht mehr geworden wäre, weil die alte Westberliner
Ideologie – alles kommt aus Bonn, wir machen, was wir
wollen – dazu geführt hat, dass sich kein Stadtrat, welcher
Couleur auch immer, vor den Wahlen vor die Bürger ge-
stellt hat, um das Geld einzutreiben. Jetzt behaupten Sie,
dass es zu riesigen Fehleinnahmen kommen wird.

[Zuruf des Abg. Schruoffeneger (Grüne)]

Aus meiner Sicht ist es ein Akt der Gerechtigkeit, dass
das Erschließungsrecht, das relativ gute, das in Ostberlin
gilt, nun auch in Westberlin gilt und dass klar ist, auch
wenn Straßen nur zum Teil erschlossen sind, wenn sie für
den Verkehr freigegeben sind, können zusätzliche Maß-
nahmen wie Geh- und Radwege und Entwässerung nicht
mehr durch das Erschließungsrecht umgelegt werden. Das
ist die Klarstellung mit diesem Gesetz. Ich halte das für
mehr als gerecht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]

Vizepräsidentin Michels: Herr von Lüdeke zur Er-
widerung – bitte!

von Lüdeke (FDP): Zunächst darf ich auf die
4 Millionen € antworten: Für die nächsten beiden Jahre
sind jeweils 11 Millionen € Einnahmeerwartung in den
Haushalt eingestellt und nicht 4 Millionen €. Damit fängt
es an.

[Zuruf des Abg. Dr. Flemming (SPD)]

(C)

Wenn Sie gestern im Hauptausschuss der Diskussion
gefolgt wären, hätten Sie festgestellt, dass der Bauamts-
leiter aus Spandau darauf hingewiesen hat, dass natürlich
nur Teilerschließungen erfolgt sind, die bislang nicht
umgelegt worden sind. Aber damit sind die Straßen, und
zwar ein ziemlich hoher Prozentsatz von 40 % auch in
Spandau, gar nicht im vollen Maße erschlossen.

[Zurufe von der SPD]

Das ist auch nicht mehr umlegbar.

[Beifall bei der SPD]

Nein! Aber das könnte der. Da haben die Ausnahmen.
Und das machen sie über das Straßenausbaubeitragsgesetz.
Da hat der Ihnen ganz genau vorgerechnet, wie groß
Ihre Einnahmefälle sein werden, wenn Sie das über
das Straßenausbaubeitragsgesetz gegenrechnen.

[Zurufe von der SPD und der Linkspartei.PDS]

Da kriegen Sie enorme Lücken. – Ich verstehe Sie nicht.
Es ist auch egal.

Ich möchte noch auf die Kurzintervention von Herrn
Hillenberg eingehen, und zwar auf das Zweite, was Sie
vorhin gesagt haben und was Sie jetzt unterschlagen ha-
ben. Auf das Argument, dass die Straßen in so einem ka-
tastrophalen Zustand sind, haben Sie geantwortet: Da
sieht man mal die Notwendigkeit des Straßenausbaubei-
tragsgesetzes. – So war das! Das können Sie im Protokoll
selbst nachlesen. Aber wir sind dagegen, dass Grund-
stückseigentümer keine Mitspracherechte haben, sondern
ihnen einfach verordnet wird, dass ihre Straße ausgebaut
wird.

[Zurufe von der SPD und der Linkspartei.PDS]

Das werden wir nicht akzeptieren.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Weitere
Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, muss ich noch
eine Rüge aussprechen. Bei dem Redebeitrag von Herrn
Hillenberg, der damit begann, dass er sagte, er leide noch
nicht an Alzheimer, hat der Abgeordnete Wansner gesagt:
„Sie sehen aber so aus!“ – Das rüge ich ausdrücklich.

[Oh! von der CDU]

Das ist kein parlamentarischer Umgang. – Entschuldig-
ung! Es war Herr Braun. Das hat der Stenographische
Dienst auch so festgehalten. Also, Herr Braun, ich rüge
das ausdrücklich.

Wir kommen nun zum Abstimmungsprozedere. Zum
Antrag der CDU Drucksache 15/3610 empfehlen die Aus-
schüsse mehrheitlich – gegen CDU und FDP, bei Enthalt-
ung der Grünen – die Ablehnung. Wer dem Antrag seine
Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das
Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenprobe! –
Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Die
Grünen! Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Vizepräsidentin Michels

(A)

Zum Straßenausbaubeitragsgesetz empfehlen die Ausschüsse jeweils mehrheitlich die Annahme mit Änderungen – im Fachausschuss gegen CDU, Grüne, FDP und eine Stimme der Linkspartei und im Hauptausschuss gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen. Wer der Beschlussvorlage Drucksache 15/4408 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung des Fachausschusses Drucksache 15/4834 seine Zustimmung zu geben wünscht, der möge in der nun folgenden namentlichen Abstimmung mit Ja stimmen. Ich erläutere das Prozedere: Über die Geschäftsführer Ihrer Fraktionen haben Sie die Stimmkartensätze erhalten. Ohne Namensaufruf werfen Sie bitte jetzt die entsprechende Karte Ihres Votums in die Wahlurnen. Die nicht benötigten Stimmkarten legen Sie bitte offen zwischen die Wahlurnen. Ich eröffne die Abstimmung.

[Abgabe der Stimmkarten]

Hatte jeder die Möglichkeit, seine Stimmkarte abzugeben? – Das ist der Fall. Dann unterbreche ich die Sitzung für die Dauer der Auszählung.

[Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

– Herr Dr. Lindner! Das geht nach unserer Geschäftsordnung leider nicht. Deswegen müssen wir die Sitzung jetzt unterbrechen.

[Auszählung]

(B)

Vizepräsidentin Michels: Meine Damen und Herren! Wir können mit der Sitzung fortfahren. Das Abstimmungsergebnis liegt vor, und ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 72 und mit Nein 58. Es gab 2 Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]

Zum Erschließungsbeitragsgesetz lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen abstimmen. Wer der Drucksache 15/4738-1, dem Änderungsantrag, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Das ist die Fraktion der Grünen. Die Gegenprobe! – Das sind die Regierungsfractionen. Enthaltungen? – Das sind die CDU und die FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Erschließungsbeitragsgesetz empfehlen die Ausschüsse mehrheitlich die Annahme in neuer Fassung, und zwar im Fachausschuss gegen die FDP und bei Enthaltung von CDU und Grünen und im Hauptausschuss gegen Grüne und FDP bei Enthaltung der CDU. Wer der Neufassung gemäß der Beschlussempfehlung der Drucksache 15/4835 zustimmen möchte, der möge in der nun folgenden namentlichen Abstimmung mit Ja stimmen. Das Verfahren ist Ihnen bereits bekannt. Ich eröffne die Abstimmung und bitte Sie, Ihre Karten einzuwerfen.

[Abgabe der Stimmkarten]

Hatten alle die Möglichkeit, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen? – Das ist der Fall. Dann bitte ich auch jetzt wieder die Beisitzerinnen und Beisitzer, ihres Amtes zu walten, und unterbreche wiederum für kurze Zeit die Sitzung.

[Auszählung]

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 70 Abgeordnete, mit Nein 28. Es gab 30 Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag so angenommen.

Die Stimmabgabe des Abgeordneten Dr. Flemming konnte nicht mitgezählt werden, da der Wahlgang schon geschlossen war. Nach der Schließung des Wahlganges ist keine Stimmabgabe mehr möglich. – Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 6 C:

Dringliche II. Lesung

Gesetz über die Einforderung rückständiger Gebühren und Auslagen aus vorausgegangenem Zulassungsvorgängen und damit zusammenhängenden Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren bei der Zulassung von Fahrzeugen im Land Berlin (Kfz-Zulassungsvoraussetzungsgesetz)

Beschlussempfehlungen Recht und Haupt
Drs 15/4836

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 15/4640

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der drei Paragraphen miteinander zu verbinden. – Hierzu höre ich keinen Widerspruch. Ich rufe also auf die Überschrift, die Einleitung sowie die Paragraphen 1 bis 3 gemäß den Drucksachen 15/4640 und 15/4836.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Die Ausschüsse empfehlen einstimmig die Annahme des Gesetzes mit Änderungen. Wer so gemäß den genannten Vorlagen seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimm-enthaltungen? – Damit haben wir dieses Gesetz einstimmig beschlossen.

Die lfd. Nr. 7 hatten wir bereits als Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter dem Tagesordnungspunkt 4 e aufgerufen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 8:

I. Lesung

Gesundheitsdienstreformgesetz

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 15/4767

(C)

(D)